

Prekäre Transformation: Zentralasiatische und kaukasische Staaten zwischen Reform und Stabilitätswahrung

Halbach, Uwe

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Halbach, U. (1997). *Prekäre Transformation: Zentralasiatische und kaukasische Staaten zwischen Reform und Stabilitätswahrung*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 9/1997). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46793>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Prekäre Transformation

Zentralasiatische und kaukasische Staaten zwischen Reform und Stabilitätswahrung

Zusammenfassung

Die Staaten im Süden der GUS haben einen Balanceakt zwischen Transformation und Stabilitätserhaltung bzw. -erlangung zu meistern. Die Umwandlung politischer und wirtschaftlicher Strukturen vollzieht sich auf prekärer Grundlage. Die hier zusammengefaßten Staaten bilden natürlich kein einheitliches Untersuchungsobjekt. Man könnte unter Berufung auf historische Entwicklungs- und Kulturunterschiede Einwände dagegen erheben, Georgien und Armenien im Zusammenhang mit Turkmenistan und Tadschikistan zu behandeln. Aber was die Labilität der Ausgangslage beim Eintritt in die Eigenstaatlichkeit betrifft, lagen Georgien und Tadschikistan bis 1994 trotz soziokultureller und -ökonomischer Unterschiede gar nicht so weit auseinander. Die Antworten, die einzelne Staaten auf die prekären Rahmenbedingungen für Transformation gegeben haben, waren unterschiedlich. In bezug auf die Wirtschaftstransformation stehen Staaten mit einer konservativ-etatistischen Reformstrategie (Absage an "Schocktherapien", Betonung von "Sozialpolitik") wie Aserbaidschan und Turkmenistan solchen wie Armenien, Georgien und Kirgistan gegenüber, die sich gerade angesichts besonders schwieriger Ausgangslagen für rigorose Reformschritte entschieden und diese ihren Gesellschaften zugemutet haben. Was allerdings die politische Transformation betrifft, ist eines klar geworden: Keines der behandelten Länder kann der Elle westlicher Demokratiekriterien standhalten.

Wahrnehmungsänderungen

Für den Süden der GUS hatte man die Bedingungen für die Selbstbehauptung sowjetischer Nachfolgestaaten als problematisch eingeschätzt. Sie hatten hier nicht nur als postkommunistische Transformationsstaaten mit elementaren Übergangs- und Umstellungsproblemen zu kämpfen, sondern waren in Zentralasien teilweise auch mit Problemen konfrontiert, die aus außereuropäischen Entwicklungsländern bekannt sind. Erschwerend kam hinzu, daß einige Länder ihre Eigenstaatlichkeit in kriegerische Konflikte verstrickt antraten und in Hinsicht auf Wirtschaftsreform und Staatsbildung ihre Startposition erst einnehmen konnten, nachdem Waffenstillstandsabkommen akute Kriegsphasen in ein "Weder Krieg noch Frieden" umgewandelt hatten. Tadschikistan ist bis heute noch nicht in diese Position gelangt, vielmehr ist die Situation 1996 mit Turbulenzen in bislang ruhigen Provinzen noch komplizierter geworden. Angesichts der Umstände der

Unabhängigkeitserlangung wurden einige südliche GUS-Staaten als *accidental states*, angesichts ihrer Selbstbehauptungsprobleme anfangs auch als *failing states*, wahrgenommen. Gefahren für ihre Stabilität wurden in ethnopolitischen und -demographischen Bedingungen, in der Wirtschaftsschrumpfung, in Schwierigkeiten der Staats- und Nationsbildung, in inneren Zerreißkräften und Bedrohungen von außen gesichtet. Die zentralasiatischen Staaten erwiesen sich dennoch mit Ausnahme Tadschikistans als relativ stabil. Die transkaukasischen Staaten minderten seit 1995 ihre konfliktbedingte Isolation und zogen durch eine gewisse Stabilisierung ihrer Wirtschaft und staatlichen Strukturen ausländische Investitionen an. Vor allem ein Staat, der 1993 dem Verdikt des *failing state* sehr nahe gekommen war, Georgien, weist Anzeichen staatlicher Stabilisierung und wirtschaftlicher Erholung auf. Die südlichen GUS-Staaten wurden trotz nach wie vor gravierender Probleme zunehmend zu Wirtschafts- und Handelspartnern auch außerhalb der GUS, schlossen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU und wurden von der Außenpolitik westlicher Staaten entdeckt. So ist in der Weltpresse kaum eine andere exsowjetische Region heute so präsent wie die kaspische, die den Kaukasus mit Zentralasien verbindet.

Politische Entwicklung: Autoritäre Stabilisierung

Beim Eintritt ins internationale System hatte man überall das westliche Konzept der *civil society* beschworen. Wenn solche Zivilität sich dadurch definiert, daß sie "Vielfalt begrüßt und als gesellschaftliche Kontrolle über diejenigen, die Macht ausüben, fungiert"¹, sind ihr in Zentralasien durch die gegenwärtigen politischen Systeme und die historischen Voraussetzungen ungünstigere Entwicklungsbedingungen gesetzt als in den transkaukasischen Staaten. In Georgien und Armenien beruft man sich auf Elemente einer Bürgergesellschaft in der eigenen Geschichte, insbesondere auf die kurze Periode staatlicher Existenz nach 1917, in der unter schwierigen Kriegs- und Nachkriegsbedingungen demokratische Strukturen aufgebaut worden waren. Auch Präsident Alijew beruft sich auf den "demokratischen aserbajdschanischen Nationalstaat" dieser Zeit, obwohl sein eigener politischer Werdegang und seine Machtausübung als Präsident für eine ganz andere Tradition stehen.

In der GUS haben sich weitgehend präsidentielle und semi-präsidentielle Regierungssysteme durchgesetzt. In zentralasiatischen Staaten waren postsowjetische Verfassungen am frühesten verabschiedet (in Turkmenistan und Usbekistan bereits 1992) und dabei auf die Machtfülle der Präsidenten ausgerichtet worden. In Kasachstan und Kirgistan wurde diese Ausrichtung in Verfassungsnovellierungen 1995 und 1996 verstärkt. Die Parlamente hatten teilweise durch legislative Untätigkeit und Reformbehinderung zu dieser Entwicklung beigetragen. Kirgistan gilt zwar in politischer Hinsicht als reformorientiert, unterliegt aber auch dem Trend zur starken Präsidialherrschaft. Noch weiter ging dieser Trend in Kasachstan, wo Präsident Nasarbajew zuletzt mit Sympathien für das Vorgehen seines Amtskollegen Lukaschenko in Belarus sein "Demokratieverständnis" kundtat. In Usbekistan und Turkmenistan war von Anfang an die autoritäre Staatsführung zum Kernpunkt einer Transformationsphilosophie erhoben und auf zwei Argumentationsgrundlagen gestützt worden: auf die *historische*, regionsspezifische Herrschaftstraditionen anführende Begründung, und die *transitorische*, die mit Destabilisierungsgefahren in der Übergangsphase argumentiert. Der usbekische Präsident Karimow hat seine Staatsphilosophie in diesem Sinn am ausführlichsten dargelegt. In Zentralasien war die Diskrepanz zwischen westlich ausgerichteten Verfassungsbestimmungen und der realen politischen Entwicklung zum Teil eklatant. So postuliert die Verfassung Turkmenistans demokratische Rechte, die in der politischen Realität der Präsidialmonarchie Nijasows nicht ansatzweise realisiert werden und in einer von Stammesstrukturen geprägten Gesellschaft auch schwer zu verwirklichen sind.

In bezug auf die innenpolitische Stabilität gab es Unterschiede zwischen zentralasiatischen und transkaukasischen Staaten. Im Kaukasus verbanden sich ethnoterritoriale Konflikte mit innenpolitischen Erschütterungen und Machtkämpfen, so in Aserbajdschan und Georgien 1992 und 1993 mit gewaltsamen Machtwechseln und danach noch mit Putschversuchen und politischen

¹ Douglas Saltmarsh, *Civil society and sustainable development in Central Asia*, in: *Central Asian Survey*, 3-4, 1996, S. 387-398, zit. S. 387f.

Attentaten. In Armenien blieb die Republikführung unter Ter-Petrosjan - dem einzigen Präsidenten in der GUS, der noch dem antikommunistisch-nationaldemokratischen Oppositionslager vom Ende der achtziger Jahre entstammt - konstant, allerdings mit starken Anfechtungen bei den letzten Präsidentschaftswahlen 1996. In Zentralasien wurde an den staatlichen Führungsspitzen, in den Präsidentenpalästen, personelle Kontinuität gewahrt, allerdings unter Wechsel der Regierungsmannschaften, Auflösen von Parlamenten und Verfassungsreferenden.² Dabei nahm die Bevölkerung die Aufhebung der Gewaltenteilung als "stabilitätssichernd" hin und zeigte bei Referenden über Amtsverlängerungen der Präsidenten ohne Neuwahl (Turkmenistan, Usbekistan, Kasachstan) und propräsidentielle Verfassungsänderungen ein "sowjetisches" Abstimmungsverhalten. Die politische Transformation verlief von der Partokratie zur Präsidialherrschaft, die ideologische vom Sowjetkommunismus mit starken "nationalkommunistischen" Einschlägen zum nationalstaatlichen Patriotismus.

Legt man dennoch die Elle westlichen Demokratieverständnisses mit Kriterien wie dem Mehrparteiensystem, der Gewaltenteilung, der Meinungs-, Versammlungs-, Pressefreiheit und anderen politischen Freiheiten an die hier behandelten jungen Staaten an, ergibt sich in etwa folgende Abstufung: Turkmenistan weist mit seiner Präsidialmonarchie und dem bizarren Personenkult um den Turkmenbaschi das autokratischste Erscheinungsbild auf. Es folgt Usbekistan, dessen Präsident mit strenger Hand regiert, Kritik bislang nicht duldet und Opposition strafrechtlich verfolgen ließ, der sich aber Erfolge bei der Stabilitätswahrung und bei kontrollierten Reformschritten zugute halten kann. In letzter Zeit sendet Taschkent Signale einer gewissen Liberalisierung an die Weltöffentlichkeit, besonders an Washington. Kasachstan und Aserbaidschan besetzen ein Mittelfeld, in dem präsidentielle Führungssysteme sich immer stärker in autokratische Richtung entwickeln, aber noch gewissen Raum für politischen Pluralismus offen gelassen haben; Kirgistan hebt sich in Zentralasien durch Elemente von Demokratie wie Pressefreiheit und Parteienvielfalt immer noch von seinen Nachbarn ab, trotz zunehmender Anpassung an den "autokratischen Trend" und Minderung des Kontrasts. Armenien hält die Perspektive auf demokratische Entwicklung offen, obwohl auch sein politischer Werdegang in den letzten Jahren Tribut an die "autoritäre Stabilisierung" zahlen mußte. Ob das Land dabei innenpolitische Stabilität erlangt hat, wird seit den Präsidentschaftswahlen im September 1996 in Frage gestellt. In Georgien ist die Perspektive auf eine demokratische Entwicklung aus dem Chaos der frühen Unabhängigkeitsperiode heraus wieder auferstanden, bleibt aber letztlich von der Lösung ethnoterritorialer Konflikte abhängig. Tadschikistan entzieht sich der Beurteilung, da hier von Staatlichkeit noch keine Rede sein kann.

"Nation-building" als Transformationsakt

Transformation geht über politische und wirtschaftliche Reorganisation weit hinaus in einen Bereich der Gestaltung von Identität und Erinnerung. Diesbezügliche Anstrengungen traten besonders dort hervor, wo sich die Selbstbestätigung neuer "Nationalstaaten" auf ungesicherter Grundlage vollzieht. Diese Spannung bringt Paradebeispiele von *invented traditions* und nationalstaatlicher Mythenbildung hervor, so wenn z.B. den Turkmenen suggeriert wird, daß ihr unabhängiger Nationalstaat unter dem Turkmenbaschi die Quintessenz ihres historischen Bestrebens sei, oder sich Usbekistan mit großem Festaufwand in die timuridische Tradition setzt und den "Amir Temur" zum historischen Vorgänger seines jetzigen Präsidenten und Symbol eines usbekischen Nationalstaats stilisiert. Bei der Organisation der Republikidentitäten werden zumeist "die alten Geschichten fortgeschrieben", d.h. jene Geschichtsmymen zugrunde gelegt, welche die Umwandlung mehr oder weniger willkürlich abgegrenzter Gebietskonglomerate in nationale Sowjetrepubliken untermauern sollten.³ Neu ist die Absetzung von der Sowjetmacht, die diesen Organisationsrahmen gesetzt hatte.

Souveränität, Nationalstaat, Negation des Imperiums werden oft dort am stärksten betont, wo die Emanzipation vom Sowjetsystem von den heute herrschenden Eliten am wenigsten erkämpft wurde, der Nationalstaat historisch am schwächsten gewachsen, die Souveränität im Massenbewußtsein am

² Bess Brown, *Authoritarianism in the New States of Central Asia: An Overview of Post-Independence Politics*, in: *Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst)*, 46, 1996.

³ Bert Fragner, *Die alten Geschichten werden fortgeschrieben*, in: *Das Parlament*, Nr. 36, 30.8.1996, S. 2.

geringsten verankert war. Auf diesem Transformationsfeld gab es Erfolge. In Kasachstan hat sich nach Erkenntnissen neuerer Meinungsumfragen die Identifikation der "Titularnation" mit dem unabhängigen Nationalstaat und besonders mit der kasachischen Staatssprache, die bei weitem nicht von allen Kasachen beherrscht wurde, verstärkt.⁴ In Zentralasien ist *nationalstaatliche Selbstbestätigung* wohl am weitesten in Usbekistan fortgeschritten. Das Gegenbeispiel ist Tadschikistan, wo keine der sich bekämpfenden politischen Kräfte für eine integrierende nationale Idee steht.⁵ Georgien und Armenien sind bei der Begründung ihrer Nationalstaatlichkeit weitaus weniger in historischer Argumentationsnot als andere sowjetische Nachfolgestaaten.

In Hinsicht auf die Bestätigung des Nationalstaats und eine ausgewogene Nationalitätenpolitik angesichts seiner polyethnischen Bevölkerung müssen postsowjetische Staatsführungen gegensätzliche Karten spielen: Sie müssen das Nationalbewußtsein der Titularnationen bedienen, ohne dabei die nichttitularen Bevölkerungsgruppen abzuschrecken. Sie müssen die Integration der ethnischen Minderheiten, darunter wirtschaftlich relevanter Gruppen, sicherstellen, ohne dabei nationalistische Reaktionen aus der Titularnation hervorzurufen. Sie müssen die staatliche Souveränität betonen und sich gleichzeitig vergegenwärtigen, daß man sich allein aus eigener Kraft kaum behaupten kann. Die Republikführer entstammen oft landsmannschaftlichen oder klanartigen Klientelen, müssen aber ihren Abstammungs- und Gefolgschaftshorizont überschreiten und Partikularinteressen ausbalancieren, um als Symbole nationaler Integration zu fungieren (Turkmenbaschi). Zentralasiatische Staaten haben diese diffizilen Balanceakte weitgehend gemeistert, allerdings mit Schlagseiten zum "Titulernationalismus" hin. Politische Handlungen auf dem Gebiet von Sprachenpolitik, Staatsbürgerschaft, Kulturpolitik müssen auf ihre ethnopolitischen Wirkungen bedacht werden, um Stabilitätsrisiken in Form interethnischer Friktionen oder verstärkter Emigration zu vermeiden.

Innere Sicherheit

Wie weit konnte der ethnische Frieden gesichert werden? In Zentralasien kam es nicht zu den großen interethnischen Kollisionen, die angesichts der Spannungen am Ende der sowjetischen Periode prognostiziert wurden. Die starke Emigration aus der Region zeigte aber, daß es gravierende Probleme bei der Integration russischsprachiger Minderheiten gibt. Am dringlichsten stellt sich die Integrationsaufgabe für Kasachstan. Neuere Umfrageergebnisse besagen allerdings, daß dort die Mehrheit der Respondenten die interethnischen Beziehungen als weniger dramatisch einstuft als die wachsenden Friktionen zwischen sozialen Gruppen.⁶ Im Kaukasus wirkten sich strukturelle Hinterlassenschaften sowjetischer Nationalitäten- und Gebietspolitik dramatisch aus, besonders die Verschachtelung nationaler Gebietskörperschaften mit unterschiedlichem Status, die dem Karabach-Konflikt ebenso zugrunde liegt wie dem Abchasien- oder dem Südossetien-Konflikt. Georgien und Armenien lieferten eine Lektion darüber, wie sehr Konfliktverstrickung Staaten daran gehindert hat, sich in Hinsicht auf Transformation in eine Startposition zu begeben: In den heißen Konfliktphasen bis 1993 erlitten beide Länder eine wirtschaftliche Talfahrt, die ihresgleichen nur noch in Tadschikistan fand; nachdem ethnoterritoriale Konflikte durch Waffenstillstand wenigstens eingefroren, freilich noch keineswegs gelöst wurden, zeigten beide Länder Anzeichen von Wachstum und konnten erste Früchte von Reformpolitik ernten.

Ein Hauptargument zur Legimitation autoritärer Regierung liefert die Gefährdung der Stabilität durch innere Zerreißkräfte, darunter auch wachsende Kriminalität. Letztere stößt in dem hier behandelten Raum auf gewisse Nährböden, die teilweise aus historischen Bedingungen erwachsen (sozialökonomische Krisen aus sowjetischer Zeit, traditionelle Vetternwirtschaft, Regionalismus und Tribalismus), teilweise aus spezifisch postsowjetischen Bedingungen resultieren (mangelnde Regierungskontrolle über Staatsterritorien, ungefestigte Staatsgrenzen, Privatisierung von Wirtschaftsobjekten). In Tadschikistan bilden ganze Landesteile staats- und rechtsfreie Räume. Im Umfeld des Staatszerfalls in Afghanistan hat sich eine unkontrollierbare Schmuggelzone gebildet. Im Juni 1996 machte eine internationale Konferenz zur Drogenproblematik in Bischkek auf diese Situation aufmerksam. So sollen über das Territorium Tadschikistans riesige Mengen Rauschgift

⁴ Focus Central Asia, 12, 1996, S. 18-24, besonders S. 23.

⁵ Shahram Akbarzadeh, Why did Nationalism Fail in Tajikistan?, in: Europe-Asia-Studies, 7, 1966, S. 1105-1129.

⁶ Focus Central Asia, 12, 1996, S. 18-24.

transportiert werden. GUS-Zentralasien fungiert aber nicht nur im Drogentransport, sondern auch in der Drogenproduktion.⁷ Fast überall sind Staats- und Sicherheitsorgane in die organisierte Kriminalität involviert. Selbst der Präsident Turkmenistans, der sein Land als "Hort der Stabilität" darstellt, kritisierte im Juli 1996 die Sicherheitsorgane. Die Hüter von Sicherheit und Ordnung und die Grenzschrützer seien teilweise selber zu Führern krimineller Gruppen geworden.⁸ In Kirgistan führte Präsident Akajew einen "Krieg gegen Korruption". Laut seiner Einschätzung kontrollieren Kriminalität und Korruption ein Zehntel der Volkswirtschaft. Der Kampf gegen diesen Mißstand wurde zum Hauptthema der Innenpolitik und führte zu häufigen Revirements in der Staats- und Gebietsverwaltung. Doch der Handlungsspielraum des Präsidenten ist hier begrenzt: Umfassende Korruptionsbekämpfung würde den Verwaltungsapparat zu stark unter Druck setzen. Zudem hat der Präsident die Verwaltungskader selber zusammengestellt und würde durch einen Rundumschlag gegen sie seine eigene personalpolitische Unzulänglichkeit eingestehen. Auch ist der Justizapparat bei der Korruptionsbekämpfung überfordert. Nur sechs von 200 Amtsträgern, die wegen Korruption zwischen Januar 1993 und Juli 1996 belangt wurden, verbüßen inzwischen eine Haftstrafe. Zu den in letzter Zeit Amtsenthobenen gehören immer mehr Richter und Justizbeamte.⁹ Zwar soll der Hinweis auf Kriminalitätsbekämpfung den Ausbau der Staatsgewalt und die autoritäre Führung legitimieren, aber die jungen Staaten sind finanziell kaum in der Lage, ihre Rechtsschutzorgane wirksam auszubauen. Kasachstan sah sich 1995 gezwungen, den Polizeiapparat zu reduzieren.¹⁰ Der Nachdruck, der auf Verbrechensbekämpfung gelegt wird, wirkt sich auf die Strafrechtskultur aus. Einige GUS-Staaten wie Kasachstan gehören zu den Ländern, in denen am häufigsten Todesstrafen verhängt und vollstreckt werden. Die Zustände in den Gefängnissen der GUS-Staaten spotten jeder Beschreibung.

Erfolge bei der Wiederherstellung der inneren Sicherheit hat Georgien erzielt, nachdem es 1993 einen katastrophalen Zerfall seiner Rechtssicherheit erlitten hatte. Es war in dieser kritischen Phase zu einem Paradebeispiel für die Kriminalisierung des politischen Lebens geworden, in dem gerichtsnotorische Personen als Parteiführer mit eigenen Milizen auftraten. Allerdings wird der Kriminalitätsvorwurf von Regierungskräften auch gern benutzt, um sich politischer Opposition zu erwehren. Dieser Verdacht erhob sich bei Parteiverboten (Kriminalisierung der Hauptoppositionspartei "Daschnakstutiu" in Armenien im Dezember 1994) und bei der Verfolgung Oppositioneller aus dem Umfeld von "Birlik" und "Erk" in Usbekistan unter strafrechtlichen Vorwänden. Auch im "demokratischen" Kirgistan wurden zuletzt unliebsame Regimekritiker mit Kriminalitätsansuldigungen unter Druck gesetzt.

Sozialökonomische Entwicklung

Stabilität, Souveränität, nationale Integrationskraft und die Fähigkeit zur Integration in den Weltmarkt hängen von der sozialökonomischen Entwicklung ab.¹¹ Bei den makroökonomischen Daten zwischen 1991 und 1994 mußte man sich im Fall Georgiens, Armeniens, Kirgistans oder Tadschikistans fragen, wie Gesellschaften dabei physisch überleben konnten. Offensichtlich entgingen der Statistik aber Sektoren, die hier schon in sowjetischer Zeit eine wichtige Rolle spielten, schattenwirtschaftliche Bereiche privater Wertschöpfung, die in der Statistik nicht aufgehen.¹² Statistisch weist Tadschikistan heute die schlechteste Wirtschaftslage auf. Nach Angaben von 1996 sank hier das schon stark reduzierte Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den letzten vier Jahren nochmals um 60 Prozent. Die Statistik reflektiert aber nicht gravierende regionale Unterschiede und das Wirtschaftsleben in den von der Regierung nicht kontrollierten Provinzen.¹³ Daß Wirtschaftsaktivitäten staatlicher Erfassung entgehen, zeigt ein Hauptproblem der südlichen GUS-

⁷ Sonderbericht "Drugs", in: Transition, 20. September 1996, S. 5-28; Mark Galeotti, Crime in Central Asia: A Regional Problem with Global Implications, in: IBRU (International Boundaries Research Unit) Boundary and Security Bulletin, 4, 1995, S. 68-74.

⁸ NG, 25.7.1996, S. 3.

⁹ EIU (The Economist Intelligence Unit) Country Report: Kyrgyzstan etc., 4th quarter 1996, S. 11f.

¹⁰ Galeotti, a.a.O., S. 68.

¹¹ Vgl. Roland Götz, Die Wirtschaftsentwicklung der GUS-Staaten in den neunziger Jahren, in: Berichte des BIOst, 38, 1996.

¹² Der Anteil der Schattenwirtschaft am BIP wird z.B. für Armenien auf 70 Prozent geschätzt. Vgl. Elizabeth Fuller, in: Transition, 15. November 1996, S. 42.

¹³ EIU Country Report: Kyrgyzstan etc., 4th quarter 1996, S. 25.

Staaten: das niedrige Steueraufkommen, das zum Beispiel in Georgien trotz gegenwärtigem Wirtschaftswachstum am zweitniedrigsten in der GUS ist (nach Tadschikistan).

Über den tatsächlichen wirtschaftlichen Zustand südlicher GUS-Staaten gibt es kaum ein verlässliches Bild. Deshalb sind auch neuerliche positive Wachstumsdaten in einigen dieser Länder mit vorsichtigem Optimismus zu registrieren. Anfang 1996 wurden Wachstumstendenzen in der Produktion gegenüber dem Vorjahreszeitpunkt verzeichnet – mit Ausnahme Tadschikistans und Aserbaidschans. Wirtschaftswachstum geht hier aber von tiefstem Niveau aus (1995 erzielte Kasachstan 45 Prozent des BIP von

1990, Aserbaidshjan 38 Prozent; zum Vergleich Rußland 62 Prozent; eine Ausnahme ist Usbekistan, wo die Wirtschaftsschrumpfung nach 1991 das glimpflichste Ausmaß in der gesamten GUS hatte) und zeigt noch keine Verbesserung des Lebensstandards an. In den rohstoffreichen Republiken öffnet sich eine Kluft zwischen Erwartungen und vorläufiger Realität. Aserbaidshjan, betört vom internationalen Rummel um den kaspischen Erdölreichtum, veröffentlichte soziale Daten, die eine Pauperisierung breiter Bevölkerungskreise zeigten. Schwere Erblasten aus dem Karabachkrieg, eine hohe Zahl von Flüchtlingen, strapazieren hier die staatlichen Transferleistungen. Im "least developed country" Tadschikistan lebten 1996 nach Einschätzung des World Food Programme 85 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze.¹⁴ Einige Landesteile hängen von der Versorgung durch ausländische Organisationen wie der Welthungerhilfe und der Agha-Khan-Stiftung ab. In Georgien, Armenien und Kirgistan, in Ländern mit deutlichem Reformkurs und sich verbessernden Wirtschaftsdaten, wird die Zufriedenheit, die Weltbank und IWF mit ihrer Entwicklung zeigen, von der Bevölkerung nicht geteilt, ist die Situation des größten Teils der Gesellschaft nur als Armut zu bezeichnen. In Kasachstan, das sich noch nicht von der wirtschaftlichen Talsohle erhebt, entlud sich 1996 die angestaute Frustration in Protestaktionen in mehreren Städten des Landes. Das schlagendste Symptom für die sozialökonomische und finanzielle Krise sind Rückstände in den Lohn- und Rentenzahlungen. Sie erreichten im Oktober 1996 die Summe von 54 Mrd. Tenge (773 Mio. US-\$)¹⁵. Zudem wird Kasachstan – obgleich Rohstoffriese – wegen Zahlungsrückständen für russische Energielieferungen von einer Energiekrise geplagt. Bei Umfragen bekundeten 1996 60 Prozent der Befragten gegenüber dem Präsidenten und der Regierung ihr Mißtrauen.¹⁶

In Turkmenistan bildete die "starke Sozialpolitik" ein Hauptthema der Staatsideologie des Präsidenten, der Schutz der Bevölkerung vor der – bislang noch kaum in Angriff genommenen – Transformation. Der Staat wendet hier 60 Prozent seiner Ausgaben für soziale Zwecke auf. Ein Aufschwung in der Erdgasproduktion und ein für 1996 prognostiziertes Wirtschaftswachstum wecken Erwartungen an eine bessere Zukunft. Dennoch sinkt der Lebensstandard. Die Sozialschutz-Parolen und eine linkskonservative Subventionspolitik konnten die Bevölkerung nicht vor dramatischen Einbrüchen im schon vorher niedrigen Lebensstandard schützen. Zahlungsrückstände gegenüber Arbeitern und Rentnern, Lücken in der Versorgung mit Lebensmitteln, die angeblich kostenlos zur Verfügung stehen, schüren die Unzufriedenheit.

Die hier behandelten Staaten stehen in Hinsicht auf das Herangehen an Wirtschaftsreformen in einem weiten Spektrum, das von Reformverweigerung bis zu rigorosen Reformmaßnahmen reicht. Dabei gehören rohstoffreiche Länder oft zum konservativen, dagegen Länder mit beschränkten Naturressourcen und einer stärkeren Konzentration auf "human capital" oft zum reformfreudigen Teil des Spektrums. Am weitesten gingen Wirtschaftsreformen in Armenien und Georgien, wo "human capital" historisch besonders weit entwickelt war, wo die Wirtschaftsentwicklung nach dem Zerfall der Sowjetunion aber die stärksten Einbrüche zu verzeichnen hatte. In beiden Ländern wurden rigorose Reformen auch bei der Privatisierung der Landwirtschaft durchgeführt, die in der übrigen GUS, besonders aber in Zentralasien, zu den Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft gehört, in denen Transformation schnell auf ihre Grenzen stößt.

Uwe Halbach

¹⁴ Ebenda, S. 26.

¹⁵ EIU Country Report: Kazakstan, 4th quarter 1996, S. 11.

¹⁶ Focus Central Asia, 12, 1996, S. 18.